

Pressemitteilung

Forderungen an die Klima- und Energiepolitik der nächsten Bundesregierung ***Fachleute von SPD, CDU und FDP fordern Maßnahmenpaket um der Energiepreisexplosion entgegenzusteuern***

Berlin, 19. Oktober 2021: Angesichts der besorgniserregenden Gas- und Strompreisentwicklung haben heute Klima- und Energiefachleute von SPD, CDU und FDP sowie Energieexperten und Vertreter von Verbänden Kritik an der deutschen Klima- und Energiepolitik geübt und gleichzeitig ein Maßnahmenpaket gefordert, welches die Empfehlungen des IPCC aufgreift, um die energetische Basis der Bundesrepublik zu sichern.

„Explodierende Energiepreise und Versorgungsengpässe sind vor allem ein Zeichen des Mangels und vor diesem Hintergrund ist die Stilllegung der letzten sechs Kernkraftwerke in den nächsten 14 Monaten unverantwortlich“, erklärt der frühere Umweltsenator von Hamburg, Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (SPD). „Vielmehr sollte den Empfehlungen des IPCC gefolgt werden, d.h. die Nutzung von Kernkraft und CCS-Technologien“, so Vahrenholt weiter.

Scharfe Kritik an der deutschen Energiewende übt auch der frühere Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt Dr. Horst Rehberger (FDP). Sie habe eine dramatische De-Industrialisierung eingeleitet. „Preiswerte und sichere Energie ist für eine wettbewerbsfähige Industrie unverzichtbar. Teure und unsichere Energieversorgung nötigt Unternehmen, in andere Länder abzuwandern, die mit Kohle und Kernenergie wettbewerbsfähige Produktionen ermöglichen“.

Dass Windräder auch ökologisch höchst problematisch sind, erläutert der Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Merbach (CDU). Zudem betont er, dass die Rettung des Weltklimas von deutschem Boden aus illusorisch ist und dem deutschen Alleingang in der Klima- und Energiepolitik keine Nation folgen wird.

„Ein Weiter-so ist ein Irrweg. Denn wenn nicht entgegengesteuert wird, werden unvorstellbar hohe Preiseffekte und großflächige Versorgungseinschränkungen die Folge sein“, führt der Kraftwerksingenieur und Buchautor Frank Hennig aus.

„Dass die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung scheitern muß - an den Gesetzen der Physik, an den Gesetzen der Ökonomie und an den Gesetzen der mathematischen Statistik“, erläutert der Sprecher von über 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in der Bundesrepublik, Dr. Ing. Detlef Ahlborn.

Den in der Anlage beigefügten Forderungskatalog halten die Teilnehmer der Pressekonferenz für die anstehenden Koalitionsverhandlungen und die künftige Klima- und Energiepolitik für unverzichtbar.

Kontakt:

EnergieVernunft Mitteldeutschland e.V.
Am Schwabeplan 1b, 06466 Stadt Seeland, OT Gatersleben
Email: info@energievernunft-mitteldeutschland.de